



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Konzerthaus-Neubau und Gasteig-Sanierung: Für eine praktikable und kostensparende Lösung für die Musikstadt München

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich ins Benehmen mit der Stadt München zu setzen, um eine praktikable und kostensparende Alternativlösung zu finden, die eine Ausweichspielstätte obsolet werden lässt. Die Planung der Sanierung des Gasteigs sowie der Neubau des Konzerthauses im Werksviertel sollen so geplant und aufeinander abgestimmt werden, dass der Gasteig bis zur Fertigstellung des Konzerthauses als Spielstätte auch weiterhin zur Verfügung steht.

Begründung:

Die Planungen für die Gasteig-Sanierung sehen vor, dass die Bauarbeiten spätestens 2021 im Kulturzentrum beginnen sollen. So stünde die Philharmonie schon ab der Saison 2020/2021 nicht mehr zur Verfügung. Hinzu kommt, dass mit einer Eröffnung des neuen Konzerthauses im Werksviertel vor 2024 nicht zu rechnen ist. Die Konsequenz daraus: Die Musikstadt München müsste mindestens vier Jahre lang auf einen großen Konzertsaal verzichten.

Das Kulturreferat der Stadt München plant nun eine Ausweichspielstätte in Riem. Hier regt sich jedoch Widerstand. So üben sowohl das Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks als auch die freien Konzertveranstalter Kritik an der geplanten Interim-Spielstätte in Riem. Die Gemüter erhitzen sich zum einen an der geografischen Lage des geplanten Ausweichquartiers, die zu weit weg von der Stadtmitte sei, sowie an den damit verbundenen Kosten, von geschätzten 37 Mio. Euro, die ein Ersatzquartier verursachen würde.

Gerade unter den Prämissen „Wirtschaftlichkeit“ und „Sparsamkeit“ erscheint es dringend geboten, eine Ausweichspielstätte zu vermeiden. Aus diesem Grund sollte der Dialog zwischen dem Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst und Rathaus nun eingeleitet werden.